



POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

Oktober 2005

ÜBERSICHT

- **Trotz Ministerwechselln geht die Regierungsarbeit kontinuierlich weiter**
- **Wechsel auch im Sozialressort**
- **Das Landwirtschaftsministerium unter Kritik**
- **Privatisierung von Flughäfen und Eisenbahn-Güterverkehr trotz Oppositionswiderstand voll im Gange**
- **Auszeichnung für Pavol Hrušovský**

Trotz Ministerwechselln geht die Regierungsarbeit kontinuierlich weiter

Neuer Wirtschaftsminister nach Koalitionskrise

Der 39-jährige Jirko Malchárek ist am 4. Oktober von Staatspräsident Ivan Gašparovič zum neuen Wirtschaftsminister ernannt worden. Der christdemokratische Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda hatte ihn schon einen Monat zuvor aufgrund einer Einigung mit allen Koalitionspartnern nominiert, Gašparovič hatte aber seine formelle Ernennung (offiziell aus "Termingründen" wegen zahlreicher anderer Verpflichtungen) hinausgezögert. Die slowakische Verfassung erlaubt dem Staatsoberhaupt zwar nicht, einen vom Premier nominierten Minister abzulehnen, setzt ihm aber auch keine Frist für seine Ernennung. Gašparovič hatte die Qualifikation des Ex-Rennfahrers und Autohändlers Malchárek für diesen

Posten wiederholt angezweifelt. Außerdem machte er kein Hehl daraus, dass er es in der seit August schwebenden Koalitionskrise für angebrachter hielte, vorzeitige Neuwahlen auszuschreiben, anstatt sich weiter auf labile Parlamentsmehrheiten zu verlassen. Malchárék folgt als Minister dem umstrittenen ehemaligen Medienmagnaten Pavol Rusko, den Dzurinda am 24. August wegen intransparenter Finanztransaktionen entlassen hatte. Ruskos Entlassung hatte zu einer Spaltung der liberalen Koalitionspartei Allianz des Neuen Bürgers (ANO) geführt: Der Großteil der Parteiorganisation stellte sich auf Ruskos Seite. Fast der gesamte Parlamentsklub, dem Malchárék als Fraktionsführer vorstand, und die gegen den Parteiwillen im Amt verbleibenden beiden weiteren ANO-Minister für Kultur bzw. Gesundheit sagten sich hingegen von Rusko los. Diese "Rebellen" wurden schließlich aus der ANO ausgeschlossen. Die drei christdemokratischen Regierungsparteien SDKÚ, SMK und KDH kündigten daraufhin ihre Koalition mit der Partei ANO auf und schlossen stattdessen eine neue Koalitionsvereinbarung mit dem parteilos gewordenen ANO-Parlamentsklub unter Malcháréks Führung. Im Parlament war die aus den drei christdemokratischen Parteien und der ANO bestehende Regierung schon seit mehr als zwei Jahren in der Minderheit. Seit der ANO-Spaltung ist es für sie aber noch schwieriger geworden, wechselnde Mehrheiten für Gesetzesbeschlüsse zu erhalten. Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda hat sich aber bisher stets zuversichtlich gezeigt, weiter regieren zu können. Schon bisher sei die Regierungskoalition wegen fehlender Parlamentsmehrheit auf die Unterstützung verschiedener so genannter "Unabhängiger" angewiesen gewesen. Auf dieser Basis werde die Regierungszusammenarbeit auch weiter funktionieren, erklärte er mehrfach. Reguläre Wahlen sind erst für September 2006 vorgesehen. Politologen und Politiker anderer Parteien kritisierten hingegen die nun entstandene Situation als unüblich: Drei christdemokratische Parteien führen eine Koalition mit einem liberalen Parlamentsklub ohne Parteibasis weiter. Ein Teil der Opposition forderte bereits Neuwahlen, hat aber vorerst keine ausreichende Unterstützung im Parlament, um sie tatsächlich durchzusetzen. Die drei weiterhin regierenden christdemokratischen Parteien sind die Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ) von Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda, die von Parlamentsvizepräsident Béla Bugár geführte Partei der Ungarischen Koalition (SMK-MKP) und die Christlich-Demokratische Bewegung (KDH) unter Führung von Parlamentspräsident Pavol Hrušovský.

Wechsel auch im Sozialressort

Neue slowakische Ministerin für Arbeit, Soziale Angelegenheiten und Familie wurde am 17. Oktober die parteilose Soziologin Iveta Radičová. Sie ist die erste Frau, die der seit September 2002 amtierenden Mitte-Rechts-Regierung des Christdemokraten Mikuláš

Dzurinda angehört. Ihr Vorgänger Ľudovít Kaník war zurück getreten, nachdem ihn die Medien wegen des wiederholten Verdachts kritisiert hatten, sich als Politiker für die Firmen seiner Familie Vorteile zu beschaffen. Radičová war erst vor kurzem Leiterin des Soziologie-Instituts der Slowakischen Akademie der Wissenschaften geworden. Politisch war sie bisher nur als nebenberufliche Beraterin ihres Vorgängers in Erscheinung getreten. Diese Funktion hatte sie aber 2003 nach nur einem Jahr wegen Meinungsverschiedenheiten mit Kaník zurück gelegt. In ihrer neuen Funktion will sie manche Härten der von Kaník durchgeführten Sozialreformen ausgleichen, "damit in den Gesichtern der Bürger wieder Lächeln zu sehen ist", erklärte sie nach ihrer Ernennung. Kaník galt neben Finanzminister Ivan Mikloš als wichtigste Symbolfigur der international beachteten slowakischen Reformpolitik. Unter anderem war er für eine umfassende Pensionsreform und eine radikale Änderung des Arbeitsgesetzes verantwortlich. Kaník war aber auch einer der umstrittensten Minister der Regierung Dzurinda. Die Nominierung der fachlich über Parteigrenzen hinweg anerkannten Radičová wurde daher sowohl von den Koalitionsparteien als auch der Opposition und den Medien als ein positives Signal gewertet. Auch Staatspräsident Ivan Gašparovič akzeptierte die Nominierung von Radičová sofort und ernannte sie am Montag zugleich mit der Annahme der Demission Kaníks, ohne wie im Falle Malcháreks die Ernennung zu verzögern.

Das Landwirtschaftsministerium unter Kritik

Nach massiven Angriffen von Seiten der Medien und der Opposition hat am 27. Oktober der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Marián Radošovský, seine Demission angekündigt. Damit stieg auch der Druck auf Landwirtschaftsminister Zsolt Simon, ebenfalls zurück zu treten. Beiden wurde vorgeworfen, dass ihre Privatfirmen öffentliche Fördergelder erhalten haben, deren Vergabe im Einflussbereich des von ihnen selbst geführten Landwirtschaftsministeriums stand. Radošovský gehört zur Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) von Parlamentspräsident Pavol Hrušovský. Hrušovský hatte seine Partei am voraus gegangenen Wochenende anlässlich seiner Wiederwahl zum Parteichef zu moralischer Sauberkeit aufgerufen und den Ausschluss eines unter Korruptionsverdacht stehenden Parteifunktionärs, des Stadtteilbürgermeisters von Bratislava-Rača und zugleich Vorsitzenden der KDH-Regionalorganisation Bratislava, Pavol Bielik, durchgesetzt. Dennoch betonte Hrušovský am Donnerstag, Radošovský sei nicht von ihm unter Druck gesetzt worden, sondern trete "freiwillig" zurück. Landwirtschaftsminister Zsolt Simon gehört hingegen zur Partei der Ungarischen Koalition (SMK), die sich vorerst noch hinter ihn stellt und seit Wochen alle von Opposition und Medien gegen ihn gerichteten Rücktrittsforderungen ablehnt. Formell haben auch nach Ansicht von Ministerpräsident

Mikuláš Dzurinda weder Radošovský noch Simon gegen Gesetze verstoßen. Moralisch sei ihr Verhalten aber jedenfalls "nicht völlig in Ordnung". Dzurinda hatte es aber in beiden Fällen seinen Koalitionspartnern überlassen, über allfällige Rücktritte ihrer Nominanten zu entscheiden. Im Zusammenhang mit dem erst wenige Wochen zuvor erfolgten Rücktritt von Sozial- und Arbeitsminister Ľudovít Kaník hatte Dzurinda gegenüber den Medien noch davon gesprochen, dass ein Regierungsmitglied keine öffentlichen Fördergelder für eigene Firmen beziehen sollte. Dass sein Antrag auf öffentliche Fördergelder in den Medien bekannt wurde, war für Kaník der letzte Tropfen gewesen, der ihn zum Rücktritt veranlassete, nachdem er zuvor lange der Kritik durch Medien und Opposition widerstanden hatte.

Nicht nur Dzurinda, sondern auch Hrušovský und die KDH vermieden es nach dem Radošovský-Rücktritt, Konsequenzen für Landwirtschaftsminister Zsolt Simon zu verlangen. Simon hatte schon früher kein Geheimnis daraus gemacht, dass er zunächst noch als Minister Miteigentümer der Firma Agrotrade geblieben sei, die öffentliche Fördergelder für bezogen hatte. Erst zu Ende seines zweiten Amtsjahres als Minister verkaufte Simon 2004 seine Unternehmensanteile. Bei Radošovský kam erschwerend dazu, dass er sich im Unterschied zu Simon bis heute nicht von seinen Unternehmensanteilen getrennt hat. Nur aus dem Vorstand hat er sich formell zurück gezogen. An diesen Unterschied klammert sich nun die Verteidigung Simons durch seine Partei, die angesichts des inzwischen erfolgten Firmenverkaufs "keinen Grund für einen Rücktritt" sieht. Simon selbst wehrte sich schon früher mit der für ihn ebenso wie für Radošovský geltenden Rechtfertigung, solche Förderungen seien nicht speziell an seine Firma vergeben worden, sondern prinzipiell allen in der Branche tätigen Unternehmen offen gestanden. Radošovský forderte bei seinem Rücktritt folgerichtig, es müssten endlich "klare Regeln geschaffen werden, damit Unternehmer überhaupt in die Politik gehen und dort ehrenhaft tätig sein" könnten.

SMK-Vorsitzender Béla Bugár brachte Ende Oktober in einer TV-Diskussion einen neuen Aspekt der Affäre ins Spiel. Er äußerte den Verdacht, dass der Inlandsgeheimdienst SIS schon seit langem Material gegen SMK-Minister gesammelt habe, um diese aus politischen Motiven zu diskreditieren. Konkretere Informationen über diese Motivation wollte Bugár zwar nicht nennen, solange ihm klare Beweise fehlten. Er betonte aber, seine Partei suche weiter nach Hinweisen für eine solche Geheimdienstintrige. Ministerpräsident Dzurinda schloss er auf Journalistenfragen ausdrücklich als möglichen Drahtzieher solcher Geheimdienstaktivitäten aus. Der Geheimdienst ist direkt dem Regierungschef unterstellt. Bugár warnte für den Fall, dass sich der Verdacht gegen den Geheimdienst erhärten soll-

te, ultimativ mit personellen Konsequenzen: "Dann fällt entweder die Geheimdienstführung oder die ganze Regierung".

Privatisierungen von Flughäfen und Eisenbahn-Güterverkehr trotz Oppositionswiderstand voll im Gange

Das slowakische Ministerium für Verkehr, Post und Telekommunikation hat Mitte Oktober die Auswahlbedingungen für den Verkauf der Flughäfen Bratislava (Preßburg) und Košice (Kaschau) konkretisiert und zugleich den Termin 21. November für die Abgabe verbindlicher Angebote bestätigt. Für beide Flughäfen wurde laut Verkehrsministerium festgelegt, dass die Kriterien Preis und Investitionsplan "annähernd gleichwertig" behandelt werden. Auch vier kleinere staatliche Regionalflughäfen sollen anschließend privatisiert werden. Für die parallel laufende Ausschreibung des Eisenbahn-Güterverkehrs Cargo Slovakia gab das Ministerium zwar eine technisch begründete Verzögerung bis zu einem noch nicht festgelegten Termin Anfang 2006 bekannt, schloss aber neuerlich aus, dass diese Privatisierung - wie von der Opposition mehrfach gefordert - gestoppt werden könnte. Verkehrsminister Pavol Prokopovič hatte schon früher vor negativen Auswirkungen einer Verzögerung gewarnt: "Wenn der Verkauf der von Cargo Slovakia nicht bis Ende dieses Jahres vollzogen" werde, bedeute dies für die Slowakei ein großes Risiko, hatte er noch im September erklärt. EU-Richtlinien folgend habe die Slowakei nämlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst und für Beginn des kommenden Jahres eine völlige Liberalisierung des Bahn-Güterverkehrs in die Wege geleitet. Wer immer dann eine Lizenz erhalte, für die nur die ökonomische und technische Verlässlichkeit nachzuweisen sei, könne der jetzigen Staatsbahn konkurrieren. Auf dem kleinen slowakischen Markt könne dadurch sehr leicht die Situation entstehen, dass die jetzt noch staatliche Bahn gar nicht mehr interessant für Investoren sei. Offiziell wurde zwar vom Ministerium bisher nicht bekannt gegeben, welche Firmen auf der so genannten Shortlist der acht in die engere Wahl gekommenen Bewerber für die Übernahme der Cargo Slovakia stehen. Als einer der offensichtlichen Favoriten haben sich aber die Österreichischen Bundesbahnen immer wieder selbst präsentiert. Daneben sollen aber auch unter anderen die Deutsche Bahn und die Ungarische Staatsbahn MÁV auf der Liste stehen.

Transparenter ist hingegen das Rennen um die beiden größten Flughäfen des Landes. Wie Ministeriums-Sprecher Tomáš Šarluška schon im September mitteilte, würden zwar die Flughäfen Bratislava und Košice formell getrennt angeboten, für beide seien aber exakt die selben Firmengruppen ausgewählt worden. Die fünf ausgewählten Bewerber erhalten derzeit Einsicht in die vertraulichen Geschäftsunterlagen der beiden noch zu 100 Pro-

zent staatlichen Flughafen-AG's und sollen dann bis 21. November endgültige Kaufangebote abgeben. Die Entscheidung über den Verkauf von je 66 Prozent an jedem der beiden Flughäfen soll laut Verkehrsministerium noch vor Jahresende fallen. Von den verbleibenden 34 Prozent an jedem der einzeln oder auch gemeinsam kaufbaren Flughäfen sollen 14 Prozent staatlich bleiben, je 10 werden an die Regionalverwaltungen (Bundesländer) bzw. Stadtverwaltungen übertragen. Zu den ausgewählten Anbietern gehört auch das Konsortium ISAP (Independent Slovak Airport Partners) um den Flughafen Köln-Bonn. Im Rennen ist auch die von slowakischen Medien indirekt favorisierte Betreibergesellschaft des Flughafens Wien, die in einem Konsortium namens TwoOne gemeinsam mit der slowakisch-tschechischen Investmentgruppe Penta und der österreichischen Raiffeisen Zentralbank antritt und in den slowakischen Medien seit Wochen eine intensive Image-Kampagne betreibt. Mit J&T ist noch eine zweite slowakische Investmentgruppe als Partner des spanischen Baukonzerns Abertis und britischer Investoren im Rennen. Ebenfalls in der engeren Auswahl ist die türkische TAV, sowie ein französisch-österreichisches Bau-firmen-Konsortium um Vinci und die Strabag-Tochterfirma A-Way. Die Flughäfen Bratislava und Košice wickeln 95 Prozent des slowakischen Flugverkehrs ab und verzeichneten zuletzt ein starkes Wachstum des Passagieraufkommens.

Auszeichnung für Pavol Hrušovský

Am 24. Oktober überreichte der österreichische Nationalratspräsident Andreas Kohl seinem slowakischen Amtskollegen Pavol Hrušovský die zweithöchste österreichische Auszeichnung, das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich. Damit sollte Hrušovskýs Beitrag zur engen Kooperation zwischen dem österreichischen und dem slowakischen Parlament gewürdigt werden.

Bratislava, den 2. November 2005

Für das KAS-Verbindungsbüro Bratislava
Christoph Thanei